



VON ÖL UND MILIZEN: WIRTSCHAFTLICHE REALITÄTEN IN EINEM GETEILTEN LIBYEN

Libyen, das Land mit den größten Ölreserven des afrikanischen Kontinents, ist seit Langem schon kein stabiler Lieferant für die Region mehr. Die Öleinnahmen sind um ein Viertel zurückgegangen, und trotz Berichten über eine Steigerung der Produktion bleibt das Land noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Wirtschaftskrise untergräbt sowohl den sozialen Frieden als auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Institutionen, während sie das Land dazu zwingt, an den Einkünften aus humanitärer und Entwicklungshilfe festzuhalten. Vor diesem Hintergrund kann die Suche nach nachhaltigen Lösungsansätzen für die zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen in Libyen der Beginn für eine Lösung der Krise sein; eine vereinigte libysche Wirtschaft gemeinsam mit „guter Regierungsführung“ wäre ein Katalysator für weitere libysche Entwicklung.

➤ Wiederaufbau der Öl- und Gasinfrastruktur

Die Ölproduktion ist als Libyens größte Einnahmequelle von zentraler Bedeutung für das Land und seinen Wohlstand. 97 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus der Öl- und Gasproduktion – eine Abhängigkeit, die die staatlichen Strukturen schwächt. Darüber hinaus wirken sich Störungen in den Ölaktivitäten, die irreguläre Ölförderung sowie langfristige Schließungen wichtiger Produktionsstätten negativ auf die gesamte Wirtschaft des Landes aus. Die Autorität der National Oil Company (NOC) im Land ist stark begrenzt und die Institution selbst zutiefst gespalten. So hat die NOC nationale Behörden wiederholt erfolglos aufgefordert, beschädigte Produktionsstätten in Stand zu setzen. Der Umfang der Ölförderung in Libyen hängt darüber hinaus von einer Vielzahl weiterer Faktoren ab, wie der allgemeinen Sicherheitslage und der Frage, welche Ölfelder unter der wessen Kontrolle stehen.

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch der Ölproduktion aufgrund des libyschen Bürgerkriegs und der konfliktbedingten Schließung wichtiger Ölterminals hat sich die Ölförderung wieder erholt. Die erwähnten Störungen in der Produktion machen es dem Land jedoch schwer, langfristig voraus zu planen. Während die Ölproduktion im Februar 2017 aufgrund von Konflikten im sogenannten Öl-Halbmond auf 550.000 Barrel pro Tag (bpd) sank,

stieg sie im Juli wieder auf 1,01 Mbpd (2010: 1,65 Mbpd), bevor sie im Dezember zurück auf 917.000 bpd fiel. In einem Land, in dem angeblich 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ein Gehalt aus dem öffentlichen Sektor beziehen, schafft dies für einen Großteil der Libyer eine gefährliche Unsicherheit. Libyen sieht sich derzeit einem Haushaltsdefizit von rund \$9 Milliarden und 60 Prozent der Staatsausgaben fließen an Begünstigten auf staatlichen Gehaltslisten ab.

Heute werden Ölanlagen als Druckmittel für die finanziellen und politischen Forderungen der Milizen verwendet. Zudem wird ein Großteil der Produktion außerhalb des Landes geschmuggelt. Berichten zufolge werden 40 Prozent der Märkte in den libyschen Nachbarländern durch geschmuggeltes libysches Öl gedeckt. Die Bemühungen um den Wiederaufbau der Öl- und Gasinfrastruktur, die Wiederbelebung des Ölsektors und die Ausschöpfung des Nutzungspotenzials bestehender Ressourcen erfordern Experten zufolge Mittel zwischen \$46-81 Milliarden.

➤ **Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Einnahmequellen**

Der Wohlstand des Rentierstaates Libyen beruht zum Großteil auf staatlichen Einnahmen, während sich Initiativen der Privatwirtschaft auf wenige bescheidene Projekte beschränken. Die Finanzierung der Bevölkerung aus öffentlichen Kassen führt zwangsweise zu mangelndem Aktionismus im Privatsektor. Dies spiegelt sich in einer gelähmten Dynamik der Märkte und einer schwachen Leistungsfähigkeit wider: Produktionssysteme sind in der Regel überholt, der libysche Markt ist nicht wettbewerbsfähig, den libyschen Arbeitskräften fehlt eine gute Ausbildung und die konstante Suche nach unmittelbar profitbringenden Projekten lässt keine längerfristige Entwicklung zu. Die schwache Industrie in Libyen führt außerdem dazu, dass der Markt von ausländischen Produkten überschwemmt wird. Ein rechtlicher Rahmen für eine Beteiligung des Privatsektors an der nationalen Wirtschaft ist daher notwendig, um sich durch eine Diversifizierung des Marktes und die Ausweitung industrieller Aktivitäten auf neue und alternative Einnahmequellen stützen zu können.

Der Privatsektor in Libyen hat das Potenzial, Armut zu verringern und eine wichtige Rolle bei der Sicherung von Investitionen in Infrastruktur, Elektrizität und die Wasser- und Gesundheitsversorgung zu spielen. Auch hier haben Probleme wie die anhaltenden Preisschwankungen, die zu einer weiteren Spaltung des Landes geführt haben, die Möglichkeiten wirtschaftlicher Aktivitäten stark beeinflusst. In einigen Bereichen (Finanzen, Gesundheit, Verkehr, Handel) scheint der Privatsektor im Vergleich zu den Vorjahren jedoch besser abzuschneiden. Dies könnte Gemeinden und Kommunen den Anstoß für öffentlich-private Partnerschaften zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung geben.

➤ **Stabilisierung von Finanzsektor und Staatshaushalt und Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in staatliche Institutionen**

Der Bankensektor in Libyen ist zusammengebrochen. Mehr als \$40 Milliarden befinden sich außerhalb des Bankensystems und wiederholte Anstürme auf die Banken und große Barauszahlungen haben zur heutigen Liquiditätskrise geführt. Das Misstrauen, das die Bürger gegenüber den Finanzinstituten im Land empfinden, führt dazu, dass viele Libyer ihr Bargeld und ihre Devisen zurückbehalten anstatt in das Bankensystem einzuführen. Dieses Vertrauen in die Finanzstrukturen und den libyschen Dinar muss dringend wiederhergestellt werden.

Während die Inflation in Libyen im Februar 2018 auf dem Papier bei 26,3 Prozent lag, belief sich diese in Wirklichkeit fünfmal so hoch. Dies ist vor allem eine Folge der Schwarzmarktaktivitäten und der Tatsache, dass sich das gesamte Land praktisch an den in Tripolis praktizierten Währungsraten orientiert. Privatunternehmer tragen zudem zur steigenden Inflation bei, da viele von ihnen zusätzlich zu ihren eigentlichen Tätigkeiten auch am Devisenhandel beteiligt sind.

In den letzten Jahren wurden die öffentlichen Mittel aufgrund der großen Erwartungen der Bevölkerung in zahlreichen staatlichen Institutionen unbedacht ausgegeben und das Haushaltsdefizit weitete sich in Abwesenheit von Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Im Jahr 2015 wurden 36 Prozent der Zentralbankreserven für den Staatshaushalt verwendet. Ein Jahr später wurden 70 Prozent des Budgets aus den Reserven bezahlt. Die libyschen Währungsreserven in Höhe von \$120-130 Milliarden wurden nach der Revolution mit einer Rate von \$20 Milliarden pro Jahr verbraucht, sodass die verfügbaren Reserven auf nur noch \$20-30 Milliarden geschätzt werden.

Die katastrophale Lage des Finanzsektors kann nur durch eine kohärente wirtschaftspolitische Strategie und zwischen zentralen und lokalen Regierungsvertretern sowie Interessengruppen im Bankensektor abgestimmte Maßnahmen überwunden werden, u.a. Reformen in den Sozial- und Handelspolitiken, der Ausarbeitung von Instrumenten zur Währungskurskontrolle und einer Vereinheitlichung der finanziellen und wirtschaftlichen Institutionen, allen voran der libyschen Zentralbank.

➤ **Einbindung der Lokalverwaltungen in wirtschaftliche Verhandlungs- und Umsetzungsprozesse**

Effektiv regierende Kommunen und Stadtverwaltungen können Libyen durch die Bereitstellung und Erhaltung nachhaltiger Infrastruktur und staatlicher Dienstleistungen stabilisieren. Lokale Strukturen müssen daher unterstützt und sowohl die Wirtschaft als auch das Regierungssystem dezentralisiert werden. Angesichts der Tatsache, dass die Lokalverwaltungen im Zentrum der libyschen Gesellschaft stehen sollten lokale Verwaltungsbehörden nicht nur hohe Priorität der Zentralregierung sein, sondern auch dazu befähigt werden, die Hauptverantwortung für die Erbringung von Dienstleistungen zu tragen.

Erfolgreiche Dezentralisierung erfordert eine schrittweise Übertragung von Befugnissen auf der Grundlage der Leistungsfähigkeit der Kommunen und Gemeinden. Die Einrichtung eines Ministeriums für lokale Verwaltung durch die Einheitsregierung GNA ist somit ein entscheidender Schritt zur Unterstützung dieser Entwicklung und kann helfen, lokale Einnahmenquellen als Alternativen zu den Staatseinnahmen der Zentralregierung erzeugen.

In Libyen herrscht eine politische Abgeschiedenheit, sowohl in den Beziehungen zwischen zentralen Behörden und Gemeinden als auch zwischen den politischen Strukturen und der Gesellschaft insgesamt. Eine Vernachlässigung dieser Dynamiken wird es den Libyern erschweren, von Verbesserungen zu profitieren. Hier muss eine tiefgreifende Reform der lokalen Verwaltungen auf der Agenda stehen. Dafür benötigt Libyen klare rechtliche Rahmenbedingungen und Strategien für die lokale Regierungsführung sowie eine langfristige Vision, wie Kommunen lokale Investitionen in die Infrastruktur fördern können, um die Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen, die Rechenschaftspflicht des Staates zu gewährleisten und der Korruption im Land ein Ende zu bereiten.

➤ **Schwächung krimineller Netzwerke als Gerüst der libyschen Schattenwirtschaft**

Die einzige vereinte Wirtschaft in Libyen ist der Parallelmarkt, der weniger von politischen Konflikten betroffen ist als die geteilte formelle Wirtschaft. Der Schwarzmarkt hat sich zu einem Steuerungselement hinter den Preisentwicklungen der libyschen Wirtschaft entwickelt. Dies erfordert eine klare Strategie im Umgang mit Parallelmärkten und der Ausarbeitung eines Aktionsplans, um die Differenz zwischen offiziellen und inoffiziellen Währungswechselkursen zu verringern. Jeder Versuch einer Lösung muss der Tatsache Rechnung tragen, dass mit allen kriminellen Aktivitäten ein Netzwerk von Interessen verbunden ist, das vom Schmuggel von Öl bis hin zu Waffen und Menschen reicht und in das sozioökonomische Gefüge zahlreicher lokaler Gemeinschaften eingebettet ist.

Unter Gaddafi übte das libysche Regime eine gewisse Kontrolle über das Schmuggelgewerbe aus. Seitdem hat der freie Wettbewerb den Betrieb übernommen und zusätzliche lokale Konflikte provoziert. Begrenzte Staatlichkeit und das Fehlen dominanter Sicherheitsakteure hat zu einer Professionalisierung der Schmuggelwirtschaft geführt und die Ausbreitung von Waffen und Milizen nötigt Schmuggler dazu, weiteres bewaffnetes Personal einzustellen – was wiederum einen informellen Markt für „Schmugglerschutz“ geschaffen hat. Der hybride Sicherheitssektor in Libyen ist ein Paradebeispiel der Fragmentierung von Gewaltherrschaft. Im ganzen Land kämpfen Milizen um die Kontrolle der Schmuggelrouten; der Öl-, Gas- und Transportinfrastruktur sowie wichtiger Grenzposten; der Wirtschafts- und Handelsknotenpunkte entlang der Küste; und um die Übernahme staatlicher Organe sowie die Vorherrschaft bei der Abschöpfung staatlicher Einnahmen.

Angesichts dessen, dass ein Großteil der liquiden Mittel in Libyen von bewaffneten Gruppen und lokalen Milizen verbraucht wird, gilt es, diese wirtschaftlichen Verbindungen zu unterbrechen, Mitglieder bewaffneter Gruppen in die Wirtschaft zu re-integrieren und alternative Wege der zentralen Verteilung des öffentlichen Wohlstands zu finden. Der Reichtum der Milizen übersteigt Milliarden von libyschen Dinar und jede mögliche Lösung erfordert die Einbeziehung lokaler Verwaltungen.

➤ **Ausblick**

Libyens wirtschaftliches Grundgerüst muss dringend reformiert werden, bevor die Situation jedweden Kontrollmöglichkeiten entgleitet. Konkrete Reformansätze müssen jedoch auf einer soliden Auswertung und einem tiefgehenden Verständnis der aktuellen Situation im Land beruhen. Um dies zu erreichen, benötigt Libyen eine Einheitsregierung, die von der Mehrheit der Bevölkerung als legitim angesehen wird und ihre Entscheidungen im ganzen Land durchsetzen kann. Während alle Augen auf mögliche Wahlen in Libyen gerichtet sind, wird ein Gang zur Wahlurne nicht zwingend zur Lösung der Probleme beitragen – zumindest vorläufig. Hier wird Libyen wahrscheinlich die wenigen wirklich einflussreichen Führungspersonen in Ost und West brauchen, um eine durchführbare Machtteilung zu vereinbaren, bevor konkrete wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden können, von denen letztlich das Land profitieren kann. Dies klingt zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch immer nach Wunschenken. ■



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Regionalprogramm Politischer Dialog im Südlichen Mittelmeer

Kontaktperson:

Dr. Canan Atilgan
Direktorin
Regionalprogramm Südliches Mittelmeer
Telefon: +216 70 029 460
E-Mail: canan.atilgan@kas.de

Foto: © Mahmud Turkia, AFP